

**Antrag G-02
UB Duisburg****Empfehlung der Antragskommission
Überweisung an die Bundestagsfraktion****Der Landesparteitag möge beschließen:****Aktualisierung der Bedarfsplanungs-Richtlinie für die Niederlassung von Ärzt*innen und Psychotherapeut*innen unter Berücksichtigung der sozioökonomischen Bedingungen**

- 1 • Die ASG-Duisburg fordert die Partei und die
2 Bundestagsfraktion auf zu veranlassen, statt der
3 schrittweisen Anpassung der Bedarfsplanungs-
4 Richtlinie für die Sonderregion Ruhrgebiet diese
5 für Duisburg und Städte in vergleichbarer Situati-
6 on unmittelbar komplett anzugleichen, kleinräu-
7 miger (keine Kinderärzte in kinderreichen Stadt-
8 teilen) zu gestalten, die Verhältniszahlen jeweils
9 zeitnah an sich verändernde Bedarfe (z.B. Zuzug
10 kinderreicher Familien, Auswirkungen von Corona,
11 Flucht, Krisen auf die Psyche) anzupassen und da-
12 bei zusätzlich sozioökonomische Aspekte stärker
13 zu berücksichtigen.
14
- 15 • Ergänzend werden die Partei und die Landtags-
16 fraktion aufgefordert über den Landesausschuss
17 zu erwirken, dass die Möglichkeiten nach § 99 Ab-
18 satz 1 Satz 3 SGB V für die Berücksichtigung regio-
19 naler Versorgungsbesonderheiten genutzt wer-
20 den und außerdem Anreize (§ 105 SGB V) für
21 Niederlassungen in strukturschwachen Stadttei-
22 len mit erhöhtem Bedarf (hoher Arbeitslosenquo-
23 te, hohem Anteil an Migranten z.B. aus Südost-
24 europa und Flüchtlingen z.B. aus der Ukraine und
25 Menschen in prekären Lebensverhältnissen) ge-
26 schaffen werden, wie sie teils bereits im ländli-
27 chen Raum vorgesehen sind.
28
- 29 • Die Partei, die Ratsfraktion und der Oberbürger-
30 meister werden aufgefordert von der KVNo (Kas-
31 senärztliche Vereinigung Nordrhein) detaillierte
32 stadtteilbezogene Zahlen für Haus- und Fach-
33 ärztinnen sowie Psychotherapeut*innen einzufor-
34 dern, ggf. von der Verwaltung eine Liste erstellen
35 zu lassen und bei der KVNo / dem Landes-
36 ausschuss Anträge auf Sonderbedarf für Kinder-
37 ärzt*innen in Bruckhausen und Hochfeld (s. auch
38 Drucksache 20-0320 Ratsinformationssystem) zu
39 stellen und in diesem Kontext z.B. auch die Einrich-
40 tung kommunaler pädiatrischer MVZs (Medizini-
41 sche Versorgungszentren) zu prüfen, in jedem Fall
42 aber beim Verkauf von Grundstücken Einrichtungen
43 der Daseinsvorsorge wie Gesundheitseinrich-
44 tungen Priorität zu gewähren und sogar gezielt für
45 deren Ansiedlung zu werben.
46

47 **Begründung**

48

49 Der Zusammenhang zwischen Armut und höherem
50 Krankheitsrisiko ist gut untersucht und belegt. Dies
51 gilt ebenso für den Zusammenhang zwischen Bildungs-
52 chancen und Gesundheit, wobei Sprachbarrieren keine
53 geringe Rolle spielen.

54 Auch wenn für das gesamte Stadtgebiet die Arztdich-
55 te im Wesentlichen den aktuellen Vorgaben entspricht,
56 kommt es gerade in Stadtteilen wie Marxloh und Hoch-
57 feld zu einer Unterversorgung.

58

59 Dies trifft Städte wie Duisburg mit einem hohen Anteil
60 an Menschen in prekären Lebensverhältnissen, hohem
61 Zuzug an Menschen aus Südosteuropa und aktuell vie-
62 len Flüchtlingen aus der Ukraine besonders.

63 Um unserem Ziel gleichwertige Lebensverhältnisse nä-
64 her zu kommen statt uns in einigen Stadtteilen weiter
65 davon zu entfernen, besteht dringender Handlungsbe-
66 darf.

67

68 Lange Wartezeiten und weite Wege zu Haus- und Kin-
69 der*ärztinnen, Psychotherapeut*innen sind nicht zu-
70 mutbar, insbesondere da auch im Rahmen der Kran-
71 kenhausplanung auf weitere Ambulantisierung gesetzt
72 wird.